



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.846.154

Wien, am 20. Dezember 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 24. Oktober 2024 unter der Nr. **32/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beschwerden wegen Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen in Ihrem Ministerium in der XXVII. GP“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen in der XXVII. GP? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund und Ausgang des Verfahrens.*

Für Beschwerden durch Bundesbedienstete des Bundesministeriums für Inneres darf auf die Gleichbehandlungsberichte des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz verwiesen werden, die unter [Gleichbehandlungsberichte des Bundes - Bundeskanzleramt Österreich](#) abrufbar sind.

In der Gesetzgebungsperiode XXVII (23.10.2019 – 23.10.2024) wurden 124 Anträge bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission eingebracht und sind diese gegliedert nach Beschwerde- bzw. geltend gemachtem Diskriminierungsgrund nachstehender tabellarischer Darstellung zu entnehmen. Es wurden bereits 71 Verfahren abgeschlossen. In 47 Fällen wurden eine oder mehrere Diskriminierungsgründe festgestellt. In 24 Fällen konnte keine Diskriminierung festgestellt werden. Es sind noch 53 Verfahren offen.

Anzahl	Beschwerde- / Diskriminierungsgrund
30	Weltanschauung
24	Alter
18	Geschlecht
34	Weltanschauung und Alter
4	Weltanschauung und Geschlecht
1	Weltanschauung und Ethnie
9	Alter und Geschlecht
1	Weltanschauung, Alter und Geschlecht
1	Weltanschauung, Alter und Ethnie
1	Weltanschauung, Alter, Geschlecht und Ethnie
1	Benachteiligungsverbot § 20b B-GIBG

Zur Frage 2:

- *Wie viele Fälle in der XXVII. GP sind Ihnen bekannt, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt wurden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

In der Fragestellung wird der im Strafverfahren verwendete Begriff „Anzeige“ angeführt. Bei potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen besteht jedoch keine Möglichkeit der „Anzeige“, sondern jene der Einbringung einer Beschwerde bei der Bundes-Gleichbehandlungskommission.

Falls mit den in der gegenständlichen Frage angesprochenen „Anzeigen“ Beschwerden an die Bundes-Gleichbehandlungskommission gemeint sein sollten, wird auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen.

Zur Frage 3:

- *In wie vielen Fällen in der XXVII. GP waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen an Verfahren vor Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund, sowie nach jeweiligem Gericht bzw. jeweiliger Instanz.*
 - In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen und welche Summen mussten jeweils als Entschädigung bzw. Strafzahlung gezahlt werden? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Die Anzahl der in der XXVII. GP eingeleiteten bzw. anhängigen Verfahren ist nachstehender tabellarischer Darstellung zu entnehmen. In dieser Darstellung sind auch jene Verfahren enthalten, die durch Erhebung einer Amtshaftungsklage bei den Landesgerichten für Zivilrechtsachen (LG ZRS) eingeleitet wurden bzw. anhängig waren.

Beschwerde / AHG-Verfahren aufgrund behaupteter Diskriminierung	Gericht	Ausgang des Verfahrens	Entschädigungen in Euro

Alter, Weltanschauung und fachliche Eignung	LG für ZRS Graz	„ewiges Ruhen“ vereinbart	
Geschlecht, Alter und fachliche Eignung	LG für ZRS Wien	Stattgabe	58.274,98 (inkl. Zinsen und Prozesskosten iHv EUR 2.884,96)
Alter und Weltanschauung	LG für ZRS Graz	Verfahrensunterbrechung wegen B-GIBG-Verfahren	
Weltanschauung	B-VwG	Stattgabe	6.000,00
Weltanschauung	B-VwG	Stattgabe	4.000,00
Weltanschauung	B-VwG	Stattgabe	7.552,28
Weltanschauung	B-VwG	Abweisung	
Weltanschauung	B-VwG	Abweisung	
Alter	B-VwG	Abweisung	
Alter	B-VwG	Stattgabe	13.539,80
Weltanschauung	B-VwG	Abweisung	
Weltanschauung	B-VwG	Abweisung	

Weltanschauung	B-VwG	offen	
Weltanschauung, Alter	B-VwG	Abweisung	
Weltanschauung, Alter	B-VwG	offen	
Weltanschauung, Alter	B-VwG	offen	
Alter	B-VwG	offen	
Alter	B-VwG	offen	
Geschlecht	B-VwG	offen	
Geschlecht	B-VwG	Abweisung	
Geschlecht, Weltanschauung	B-VwG	offen	
Benachteiligungsverbot § 20b B-GIBG	OLG	Abweisung	

In der Gesetzesperiode XXVII war das Bundesministeriums für Inneres an insgesamt 22 Verfahren wegen behaupteter Diskriminierungen nach dem B-GIBG vor Gericht beteiligt, davon wurden 14 Verfahren bereits abgeschlossen, acht Verfahren sind noch offen. In fünf Fällen wurde den Klagen/Beschwerden stattgegeben, in acht Fällen erfolgte eine Abweisung und in einem Fall wurde „ewiges Ruhen“ des Verfahrens vereinbart.

Insgesamt wurden € 89.367,06 an Schadenersatzzahlungen geleistet.

Gerhard Karner

